



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V.

Pressemitteilung

Hannover, 10.09.2013

Bildung

Gut gemeint ist (noch) nicht gut gemacht

– Das Neue Übergangssystem von der Schule in den Beruf in Nordrhein-Westfalen –

Zum Schuljahresbeginn startet in 31 Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen das sogenannte „Neue Übergangssystem“ von Schule zu Beruf mit einer Vielzahl von Angeboten der Berufs- und Studienorientierung. Ab der achten Klasse sind u.a. regelmäßige Beratungs- und Praxisangebote sowie eine verbindliche Potenzialanalyse für alle Schüler vorgesehen. Angesichts von weiterhin tausenden jungen Menschen, die den Wechsel von der Schule in den ersten Arbeitsmarkt nur mit großer Mühe oder überhaupt nicht schaffen, ist das Bemühen, Schülerinnen und Schülern vorbeugend auf diesem Weg zur Seite zu stehen, sehr zu begrüßen. Dennoch weist Dr. Martin Griepentrog vom Deutschen Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. (dvb) darauf hin, die noch ungelösten Schwachstellen des Programms nicht aus den Augen zu verlieren:

„Beratung sollte immer freiwillig erfolgen. Verfahren, an denen Schüler teilnehmen müssen, weil sie vorgeschrieben sind, führen oft dazu, dass diese sich abgrenzen und nicht aktiv mitarbeiten.“ In der vorliegenden Form sei das Übergangssystem ein sehr bürokratisches Konstrukt, das zwar von Bildungswissenschaftlern der Bertelsmann-Stiftung angeregt wurde, aber von Kommunen und Wirtschaftsfunktionären in der jetzigen Form umgesetzt wird.

„Lehrer und Berater, also diejenigen, die das Konzept fachlich umsetzen werden, wurden bei der Ausarbeitung des Konzepts nicht beteiligt“, so Griepentrog. „Damit ist weder die Qualität der beratenden und orientierenden Angebote gewährleistet, noch wurde überprüft, ob deren Zeitpunkt und Häufigkeit sinnvoll und mit den vorhandenen Ressourcen leistbar sind.“ So könne nicht zuletzt eine Überstrapazierung des Themas „Berufswahl“ auch bewirken, dass Schüler abgestumpft und abwehrend reagieren. Weniger sei manchmal mehr, soll das Interesse an einer Frage über einen längeren Zeitraum erhalten bleiben.

Bislang ist außerdem nicht gewährleistet, dass die Daten, die im Rahmen des Übergangssystems über die einzelnen Schüler erhoben werden, vertraulich bleiben. Da es viele Programmteilnehmer aus Schule, Wirtschaft, öffentlichen und privaten Beratungsanbietern gibt, ist ein intensiver Datenaustausch nötig, was die Gefahr – auch ungewollter – Informationsweitergabe an Unbefugte erhöht.

Der dvb steht derzeit im Gespräch mit verschiedenen Programmverantwortlichen, um auf die vorhandenen Schwachstellen hinzuweisen.

Weitere Informationen:

Informationsseite des Projektes:

www.keinabschlussohneanschluss.nrw.de

Stellungnahme des dvb:

www.dvb-fachverband.de/berichte.html > Grundsatzpapiere

Der Deutsche Verband für Bildungs- und Berufsberatung (dvb) e.V. ist ein ehrenamtlich arbeitender Zusammenschluss von BeraterInnen verschiedener Träger, Wissenschaftlern und Organisationen, deren Tätigkeitsfeld die Beratung zu Berufs-, Karriere- und Bildungsfragen umfasst. Ziel des dvb ist es, zur Professionalisierung und Qualitätsentwicklung beruflicher Beratungsangebote beizutragen. Hierzu führt er den Dialog mit Vertretern relevanter Politik- und Verwaltungsbereiche (Politische Parteien, BMAS, BMBF) sowie Interessengruppen (Gewerkschaften, Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände) und fördert die Fachlichkeit und Vernetzung der Mitglieder. Der dvb ist Mitglied in verschiedenen Dachorganisationen für Beratung (Internationale Vereinigung für Schul- und Berufsberatung IAEVG/AIOSP, Deutsche Gesellschaft für Beratung DGfB, Nationales Forum für Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung nfb).

Für Rückfragen der Redaktion:

Barbara Knickrehm
dvb Öffentlichkeitsarbeit
Erderstr. 10
30451 Hannover
Tel. 0511 37070895
pr@dvb-fachverband.de
www.dvb-fachverband.de